

Heiße Luft in Sachen umweltverträglicher Maisanbau

Bei rund 200.000 Hektar Maisanbaufläche - größer als die Landeswaldfläche - und 29 Prozent Anteil an der Ackerfläche im Landesdurchschnitt, ist die Notwendigkeit zum Handeln bei der Landespoltik endlich angekommen. Neben gravierenden Auswirkungen auf die Ökosysteme und auf das Landschaftsbild, sind es wohl vor allem die anhaltenden, massiven Proteste aus der Bevölkerung und eine kontinuierlich kritische Berichterstattung in den Medien, die auf die Landwirtschaftsministerin einen enormen Druck ausüben. So stellte Juliane Rumpf im Oktober auf einer Pressekonferenz „Empfehlungen zur Optimierung des Maisanbaus in Schleswig-Holstein“ vor.

Für die neuen Vorschläge wurden neben dem Bauernverband, die Landwirtschaftskammer, der Schleswig-Holsteinische Gemeindegatag, die Fachgruppe Biogas e. V., der Landesverband der Lohnunternehmer, der Landesverband der Maschinenringe, die CAU, das Deutsche Maiskomitee und das Kompetenzzentrum Biomasse zu Rate gezogen. Erweist sich die Ministerin damit als eine Anwältin für Umwelt und Natur?

Die strahlenden Gesichter beim Bauernverband ließen beim Naturschutz Skepsis aufkommen. Und schnell wurde klar, es war berechtigt. Entgegen aller Dringlichkeit wird der Ausweitung des Maisanbaus kein justiziabler Riegel vorgeschoben. Sämtliche Empfehlungen haben lediglich den Charakter guter Ratschläge. Freiwillig sollen Landwirte, Fruchtfolgen einhalten bzw. auf Monokulturen verzichten, eine gewässerschonende Winterbegrünung einplanen,

Blühstreifen anlegen, die Düngung effizienter gestalten und ebenso freiwillig klimaschädliche Grünlandumbrüche auf Moorstandorten vermeiden. Bauernverbandspräsident Werner Schwarz bekannte sich zu den Vorschlägen, stellte zugleich aber unmißverständlich klar, die Landwirtschaft wolle sich nicht zur Einhaltung einer neuen guten fachlichen Praxis zwingen lassen.

Von den Gemeindeflächen sind regional häufig bis zu 50 Prozent mit Mais bewachsen - mit allen negativen Auswirkungen auf die Vogelwelt und den Zustand der Gewässer und in Anbetracht des Stimmungstiefs in der Bevölkerung wirkt die Konfrontations-scheu der Ministerin unverantwortlich. Als Umweltministerin hat sie schließlich EU-Richtlinien wie die EG-Wasserrahmenrichtlinie und die Biodiversitätskonvention umzusetzen. Zwar fehlt dafür eine einfache rechtliche Handhabe auf Landesebene. Doch hat die Landesregierung, das Innenministerium, eine Option zum Handeln sogar selbst abgeschafft. Dies betrifft die gesetzliche Möglichkeit, landesplanerisch in die regionale Flächennutzung einzugreifen. Die Politik könnte, wenn sie denn nur wollte, entsprechende Regelungen erneut einführen.

Auch mehr Verhandlungsgeschick auf Bundesebene könnte Abhilfe gegen die Maismonotonie schaffen. Freiwilligkeit jedoch gab es schon immer; sie hat den Maisanbau auf die jetzige Höhe getrieben. Der Trend zum Mais wird sich ohne ordnungsrechtliche Vorgaben vermutlich ungebremst fortsetzen.

Dr. Ina Walenda,

MEINUNG



Wie klänge es wohl, wenn der ADAC ankündigte, Autofahrer lieben sich nicht zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung zwingen? Absurd. Genauso mutet die uneinsichtige Haltung des Bauernverbandes zur Einhaltung der guten landwirtschaftlichen Praxis an.

Da wird deutlich, gegen den exzessiven Maisanbau hilft nur noch eine Änderung des Ordnungsrechtes und zwar auf Bundesebene. An diesem Ziel muss Ministerin Rumpf unbeirrt festhalten und weiter das Gespräch mit den Kollegen in den Ländern suchen. Bilder von endlosen Maiswüsten und nährstoffgetränkten Bächen können da allerdings mehr bewirken als ihre Vorschläge anlässlich der Agrarministerkonferenzen. Mein Weihnachtswunsch: Die

Ministerin möge ihre Amtskollegen und Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner nach Schleswig-Holstein zu eindrucksvollen Ortsterminen bei den Biogasanlagen einladen. Bürger, Gemeindevertreter, Vertreter von Umweltorganisationen kommen gern hinzu und warten hochmotiviert darauf, noch nicht betroffene Bundesländer von einer Anpassung des Ordnungsrechtes zu überzeugen.

Mit den neuen unverbindlichen Empfehlungen wird sich die Maisanbaufläche weiter erhöhen. Letztlich muss ein Ordnungsrecht kommen, das den Maisanbau eindämmt. Die Proteste gegen Maiswüsten werden weiter zunehmen. Zu hoffen bleibt, dass es dann für die Natur noch nicht zu spät ist.

Ihre



Sybille Macht-Baumgarten
Vorsitzende des BUND-Schleswig-Holstein

BUND setzt sich weiter für Baumschutz ein

Im Juli und September fanden die ersten Schutzaktionen des Baumschutz-Projektes „Lebensvielfalt in alten Bäumen und Totholz“ statt. Zehn Baumeigentümer und Eigentümerinnen aus dem Kreis Plön und fünf Baumschützer und Schützerinnen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde wurden für die Unterschutzstellung ihrer Bäume mit einer Urkunde durch den BUND-Landesverband ausgezeichnet.

Alte Bäume dienen dem Erhalt der biologischen Viel-

falt und durch ihre Kohlenstoffspeicherung auch dem Klimaschutz. Mit Hilfe solcher Veranstaltungen soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die besondere Schutzwürdigkeit alter Bäume und Totholz im Wald, in der Kulturlandschaft und im Siedlungsraum gelenkt werden.

Die Landesvorsitzende Sybille Macht-Baumgarten geht mit gutem Beispiel voran und hat ihre abgestorbene Ulme für den Naturschutz gesichert. Der über 50 Jahre alte Baum bietet bereits zahlreichen Tierarten Unterschlupf und ist nun mit einer BUND-Baumschutzplakette versehen worden.

Insgesamt sind in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde 17 Bäume dauerhaft unter Schutz gestellt worden. Die Laubbäume, die zwischen 50 und 350 Jahre alt sind, dürfen damit eines natürlichen Alterstodes sterben und bieten so vielen gefährdeten Arten noch nach ihrem Absterben einen einzigartigen Lebensraum.

Die ausgezeichneten Baumschützer im Kreis Plön sind: Gabriele und Karsten Becker (Rathjensdorf), Familie Lamp (Honigsee), Sybille Macht-Baumgarten und Dr. Dietmar Baumgarten (Mönkeberg), Gisela und Holger Gördes (Ascheberg), Monika Schalke (Laboe), Ulrike Schulz (Heikendorf) sowie Sven-Kare und Hannakatharina Tietjens (Stakendorf). Im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurden folgende Baumeigentümer und Eigentümerinnen für ihren Einsatz im Naturschutz geehrt: Ellen und Eckhard Mestel (Altenholz), Heidrun Borgwardt (Molfsee-Rammsee), Familie Kosh-Morid (Melsdorf), Jan Scharringhausen (Bornholt) und Margret Sengespeick (Ottendorf).

Erfreulicherweise können unsere Baumschutzaktivitäten fortgesetzt werden. Die Projektförderung BINGO-LOTTO hat ihre Unterstützung bereits zugesagt. Und so stehen die nächsten Schutzaktionen in weiteren Kreisen Schleswig-Holsteins schon in den Startlöchern. Der BUND-Landesarbeitskreis Naturschutz wird weiterhin an der Organisation und Umsetzung beteiligt sein.

Eigentümer alter Bäume sind also weiterhin aufgefordert, sich an der Aktion zu beteiligen. BUND-Mitglieder können durch Weitergabe des Info-Faltblattes an Baumeigentümer für die Teilnahme werben. Die Baumschützer erhalten neben Informationen zu ihrem Baum eine Plakette und eine Urkunde. Bei Interesse an einer Teilnahme und für weitere Informationen sowie Anforderung des Info-Faltblattes steht die Landesgeschäftsstelle unter Telefon: 0431/ 660 60-40 der Email: birte.pankau@bund-sh.de gern zur Verfügung.

Weitere Informationen zu den bereits stattgefundenen Baumschutzaktionen in Schleswig-Holstein, zu geplanten Veranstaltungen und zur Ökologie von Alt- und Totholz sind auf der Internetseite des Baumschutz-Projektes unter http://www.bund-sh.de/themen_und_projekte/natur_und_artenschutz/baumschutz/ zu finden.

Birte Pankau, Projekt Baumschutz



Ehrung von Baumschützern im Kreis Plön: (v. l.) Birte Pankau (BUND-Landesverband), Ulrike Schulz (Heikendorf), Sybille Macht-Baumgarten (BUND-Landesvorsitzende), Dr. Dietmar Baumgarten (Mönkeberg), Sven-Kare und Hannakatharina Tietjens (Stakendorf), Gabriele und Karsten Becker (Rathjensdorf), Gisela und Holger Gördes (Ascheberg), Monika Schalke (Laboe)



Projektkoordinatorin Birte Pankau befestigt die Baumschutz-Plakette an Heidrun Borgwardts altem Birnbaum in Molfsee (Kreis Rendsburg-Eckernförde)

„Nachbars Garten“ unterstützt BUND-Projekte

Der BUND-Landesverband ist hoch erfreut: Oliver Jonas, BUND-Mitglied und Besitzer des Bioladens „Nachbars Garten“ mit zwei Geschäften in Büdelsdorf, Kreis Rendsburg-Eckernförde, und in Kiel-Hasseldieksdamm, fördert ab sofort Naturschutzprojekte des BUND. Dazu spendet er regelmäßig einen Teil seines Tagesumsatzes. Zudem möchte der Bioladen-Inhaber die geförderten Projekte in seinen Ökoläden vorstellen. So können sich seine Kunden zugleich über die Arbeit des BUND in ihrer Region informieren. Interessierte können sich gern durch aktive Mitarbeit beteiligen.

Durch eine erste Spende konnten die Kinder im „BUNDten Garten“ in Rendsburg eine erneuerte Wasserpumpe wieder in Betrieb nehmen. Deren Reparatur wurde dadurch erst ermöglicht. Seit 1998 wird den Kindern im „BUNDten Garten“ in Rendsburg die Natur auf spielerische Art und Weise vermittelt. Spenden wie die von Oliver Jonas sind für die Umweltschutzarbeit mit den Kindern unentbehrlich, weil dadurch Geräte angeschafft und mehr Aktionen vor Ort durchgeführt werden können. Der BUND-Landesverband und „Nachbars Garten“ sind nun in stetem Austausch, um weitere Naturschutzvorhaben umzusetzen, die ohne diese Unterstützung nicht zustande kämen.

Es profitieren alle Beteiligten: Der ökologische Landbau, dessen Produkte in „Nachbars Garten“ verkauft werden, dient ebenso dem Umwelt- und Naturschutz, denn Pestizide, synthetisch-mineralische Düngemittel oder Gentechnik kommen nicht zum Einsatz. Mit jedem Einkauf unterstützt man im Bioladen den Schutz von Natur und Umwelt und die Käufer ernähren sich selbst in hohem Maße gesund. Besonderen Wert legt Oliver Jonas auf eine Vermarktung regionaler Bioprodukte, die in „Nachbars Garten“ eine besondere Kennzeichnung bekommen.

BUND-Ortsgruppen und Kunden aus dem Einzugsgebiet des Büdelsdorfer und Kieler Bioladens „Nachbars Garten“ sind aufgerufen, ihre Ideen für unterstützungswürdige Naturschutzprojekte dem Landesverband mitzuteilen. Nachahmer für diese beispielhafte Initiative und das Engagement sind herzlich willkommen.

Reinhard von Gehren, BUND-Botschafter



BUND-Landesgeschäftsführerin Dr. Ina Walenda (Mitte) bedankt sich herzlich bei Oliver Jonas (rechts), Inhaber von „Nachbars Garten“ in Kiel und Rendsburg für die Unterstützung der BUND-Arbeit. Links: BUND-Botschafter Reinhard von Gehren



Der „BUNDte Garten“ in Rendsburg. Oliver Jonas mit den Kindern an der dank seiner Spende reparierten Wasserpumpe

Mais ohne Ende - wie positioniert sich der BUND?

Wann? Mittwoch, 18. Januar 2012, um 19.00 Uhr

Wo? 24537 Neumünster, Domagkstraße 64, „Restaurant zur Gartenstadt“

Was? Vortrag von Dres. Claudia Bielfeldt und Ina Walenda, anschließend Diskussion, auch über BUND-Aktionen

Pressekonferenz zu CCS und Meeresumwelt

(iw) Aus Kohlekraftwerken abgeschiedenes Kohlendioxid unter der Nordsee zu lagern, ist ein gefährlicher

Irrweg. Dies stellte der BUND zusammen mit Greenpeace in einer neuen Studie vor – speziell die geologischen und ökologischen Risiken von CCS (carbon capture and storage) für den deutschen Teil der Nordsee.

Die Studie belegt, dass die Folgen der Anwendung der CCS-Technologie zu wenig erforscht sind. Der BUND forderte vor der anstehenden Entscheidung im Bundesrat, dass dieser das auf der Agenda stehende Gesetz zur Einführung der Technologie grundsätzlich ablehnen müsse. Ein CCS-Gesetz kann den Schutz der Umwelt und der Menschen nicht garantieren. Schleswig-Holstein müsse das Gesetz im Bundesrat ablehnen.

Deutliche Gefahren stellt eine unterirdische Lagerung von Kohlendioxid für die Meeresumwelt und das Wattenmeer dar. Dies betrifft insbesondere schützenswerte Riffe. Meerestiere und Vögel haben ihre Kinderstube im UNESCO-Welterbe Wattenmeer. Eine ökologisch intakte Nordsee ist für Fischerei und Tourismus Voraussetzung.

Der BUND lehnt CCS zudem energiepolitisch ab: Kohlekraftwerke werden durch CCS nicht sauberer. CCS soll klimaschädlichen Kohlekraftwerken lediglich ein grünes Image geben und so ihren Neubau legitimieren.



Sybille Machtbaumgarten, BUND-Landesvorsitzende Schleswig-Holstein (2. v.l.), und Tina Löffelsend, BUND-Klimaexpertin (rechts) bei der Präsentation der CCS-Studie zusammen mit Greenpeace im Landeshaus in Kiel

BUND-Position Windenergie

Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sind seit Jahren Kernziele des BUND. Gefordert wird die Deckung des Energiebedarfs zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2050. Neben der Solarenergie kommt der Stromproduktion aus Windenergie eine besondere Bedeutung zu, denn sie hat einen hohen Stromertrag pro Fläche und geringe Erzeugungskosten.

Weil die Windenergie einen wichtigen Betrag zur Energiewende leisten kann, fordert der BUND die Ausweisung von rund zwei Prozent der Landesfläche in jedem Bundesland bzw. jeder Region als Vorrangfläche für die Windenergienutzung.

Unter Federführung des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein plant die Landesregierung im Rahmen einer Teilfortschreibung der Regionalpläne zurzeit die Erweiterung der Windeignungsflächen von 0,8 Prozent auf etwa 1,5 Prozent der Landesfläche – auf rund 23.000 Hektar. Besonders in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Ostholstein ist eine Aufstockung zu bereits vorhandenen Eignungsgebieten geplant.

Trotz der Notwendigkeit der Stromerzeugung aus Windenergie müssen mögliche Auswirkungen auf

Mensch und Natur auf ein Mindestmaß gesenkt werden – ganz vermeiden lassen sie sich nicht. Deshalb hat der BUND seine Anforderungen an einen natur- und umweltverträglichen Ausbau der Windenergie in einer neuen Wind-Position dargestellt.

Bisher ist unser Stromnetz auf die Verteilung von Strom aus zentralen Kohle- und Atomkraftwerken ausgerichtet. Zukünftig muss unser Stromnetz den dezentral erzeugten Strom „einsammeln“ und zu den Verbrauchszentren transportieren. Eine Anpassung des Hoch- und Höchstspannungsnetzes (110 kV- und 380 kV-Netz) ist notwendig. Für Schleswig-Holstein ist der Bau je einer 380 kV-Freileitung an der Westküste und in Ostholstein geplant. Seine Anforderungen an den Netzausbau hat der BUND SH in einem Standpunkt dargestellt (www.bund-sh.de).

Eine unserer Forderungen ist die Darlegung des Bedarfs und die frühzeitige und transparente Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir sollten die Planungen konstruktiv begleiten und unsere Anforderungen an den Netzausbau vertreten. Der Landesvorstand befindet sich bereits im Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium und den Netzbetreibern.

Carl-Heinz Christiansen, BUND-Landesvorstand

Föhr bekommt wieder ein BUND-Umweltzentrum

Seit drei Jahren arbeitet die BUND-Inselgruppe Föhr an der Verwirklichung eines gemeinsamen Traumes: Endlich wieder ein BUND-Umweltzentrum mit eigenem Büro, Unterkunft für das Freiwillige Ökologische Jahr und einem großen Veranstaltungsraum. Und dies alles in einem generationsübergreifenden Mehrgenerationenhaus im Einklang mit Natur und Umwelt, Gesundheit und sozialem Bewusstsein. Dazu wurden Grundsätze formuliert, um so mit mehreren Generationen in einer ökologischen, barrierefreien Gemeinschaft zu leben. Dabei werden modellhaft Aspekte von Umwelt, Klimaschutz und sozialen Bedürfnissen berücksichtigt, um bewusst in Natur und Umwelt zu leben und diese für nachfolgende Generationen zu bewahren.

Die Projektgruppe, mehrheitlich aus BUND-Mitgliedern bestehend, entwickelte das Mehrgenerationen-Wohnprojekt „föhreinander“. Ein Konzept wurde vorgelegt, Informationsveranstaltungen fanden statt und Arbeitsgruppen wurden gegründet. Eng wurde mit der Stadt Wyk kooperiert, die bei der Beschaffung des Grundstückes half. Die Berichterstattung in der Lokalpresse sorgte für die nötige Öffentlichkeitsarbeit. Ein Planungsbüro wurde mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie, durch BINGO-LOTTO, den BUND-Landesverband und Eigenleistungen finanziert, beauftragt. Der Kreis Nordfriesland integrierte das Projekt in seine Bewerbung für das bundesweite Modellprojekt „Region schafft Zukunft“. Nordfriesland gewann den Wettbewerb und damit auch unser Projekt. Eine gemeinnützige Genossenschaft für das Wohnprojekt wurde gegründet, Anträge gestellt, die Genehmigungen erteilt und Verträge geschlossen. Der BUND-Landesverband wird dank einer Förderung durch BINGO-LOTTO, Eigenmitteln aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie Mitteln und Eigenleistungen



Hans-Jörg Lüth und Annemarie Lübcke (BUND-Föhr) beim Studium der Pläne für das Umwelthaus

der BUND-Inselgruppe das Umweltzentrum mit rund 120 qm Fläche als Eigentum bauen können.

Das BUND-Umweltbüro und der Veranstaltungsraum sollen ein zentraler Mittelpunkt für gemeinsame Aktivitäten sein. Zielgruppe sind aber nicht allein die Bewohner, sondern die Föhler Bevölkerung und besonders die zahlreichen Touristen, die nicht nur über Föhr Natur und deren Schutznotwendigkeiten, sondern auch über Klimaschutz und ökologische Lebensweisen viel erfahren werden.

Mit dem neuen BUND-Umweltzentrum entsteht ein zentraler Ort, an dem ökologische Bildung und Beratung angeboten werden. Und ein Ort, von dem aus zahlreiche neue ökologische Aktivitäten und Projekte ausgehen werden.

Annemarie Lübcke, BUND-Föhr

Sommerfest im BUND-Umwelthaus Neustadt



(iw) Hoch die Tassen! Der BUND kann auch feiern - bei wunderbarem Wetter im BUND-Umwelthaus in Neustadt.

Exkursion zu alten Bäumen in der Kieler Innenstadt



Teilnehmergruppe der Baum-Exkursion im Rahmen des „Langer Tag der Kieler StadtNatur“ auf Kieler Krusenköppel

Im September nahm der BUND-Landesverband am „Langer Tag der Kieler StadtNatur“ teil und führte Kieler Bürger und Bürgerinnen zu alten Bäumen mitten in der Stadt.

Bei der etwa zweistündigen Führung durch die Kieler Innenstadt wurde auf oft übersehene alte Baumriesen hingewiesen und über ihre ökologische und historische Bedeutung aufgeklärt. Die Exkursion führte die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu einheimischen Laubbäumen, beispielsweise die als Naturdenkmal ausgewiesene über 400-jährige Stieleiche vor dem Kieler Schloss, und typischen Straßen- und Parkbäumen wie der alten Platane am Ziegelteich. Die Führung war gut besucht und verdeutlichte das Interesse der Bevölkerung an alten Bäumen. Auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins sind ähnliche Exkursionen geplant.

Birte Pankau

Das Erbe am Grünen Band bewahren und weiterentwickeln

Unter dem Motto „Das Erbe am Grünen Band“ trafen sich Naturschützer aus Deutschland, Polen, Litauen, Lettland und Estland in Tallinn zum 3. Baltischen Grünen Band Forum. Gemeinsam haben sie die Lage am ehemaligen Eisernen Vorhang, die Geschichte und schätzenswerte Küstenlandschaften mit Artenreichtum. Diese gilt es zu bewahren. Und von guten Projekten und Beispielen der Partner zu lernen. So werden in Polen Landwirte beraten, umweltverträgliche Tierhaltung zu betreiben. In Lettland und Estland werden die zahlrei-

chen militärischen Hinterlassenschaften der Sowjetzeit für naturverträglichen Tourismus umgenutzt, so als Aussichtstürme, für Ausstellungen und als Unterkünfte. Wanderführer ermöglichen in Litauen Naturerlebnisse und an der dortigen Universität wird zu neuen Möglichkeiten im Küstenschutz durch Naturmanagement geforscht. Alle waren sich einig: Das Grüne Band an der Ostsee lebt und hilft, das gemeinsame Erbe und die einzigartige Natur zu erhalten.

Hans-Jörg Lüth



Moderne trifft historisches Erbe: Gruppenbild vor russischer Holzkirche und Büroturm in Tallinn

Liebe Freundinnen und Freunde,

die BUNDJugend Schleswig-Holstein vertritt alle Mitglieder unter 28 Jahren. Wir haben dafür eine unabhängige Struktur. Dazu gehört unter anderem die Landesjugendleitung (LajuLei), die den Vorstand der BUNDJugend SH bildet.

Wer sind wir?

Wir LajuLei-Mitglieder sind neben Schule und Studium ehrenamtlich in der BUNDJugend aktiv. Die Mitgliederversammlung hat uns im Frühjahr für zwei Jahre gewählt und damit erhielten wir den Auftrag, Euch in Schleswig-Holstein zu vertreten.

Wir treffen uns alle 14 Tage in unserer Geschäftsstelle in Kiel. Dort planen wir Aktionen und Projekte, um Klima- und Naturschutz voranzubringen. Dabei versuchen wir in erster Linie, Jugendliche mit Hilfe von Seminaren und anderen Veranstaltungen wie Stadtführungen, über unsere Themen zu informieren. Unterstützt werden wir in unserer Arbeit von einer/m FÖJlerIn – zur Zeit ist das Arne.

In den Sommerferien haben wir mit vielen Kindern Scotland Yard durch den Kieler ÖPNV gespielt und den Kindern die Benutzung von Bus, Bahn und Fähre spielerisch nahe gebracht. Im September haben wir gemeinsam mit dem Verein „Rettet die Elbe e.V.“ eine alternative Hafenrundfahrt durchgeführt. Neben der Geschichte des Hamburger Hafens haben wir uns mit örtlichen Umweltproblemen im Hafen und der Elbe sowie den negativen ökologischen und sozialen Folgen einer globalisierten Transportwirtschaft auseinandergesetzt. Unser nächstes großes Projekt ist die Planung und Durchführung von WELTBEWUSST-Führungen. Über diese Stadtführungen wollen wir mit den TeilnehmerInnen die globalen Zusammenhänge und Grenzen unseres Konsums diskutieren. Anfang Oktober haben wir mit der WASSERLEBNIS-Fortbildung ein neues Projekt nach Schleswig-Holstein geholt. Kinder und Jugendliche beschäftigen sich über eine digitale Schnipseljagd mit Hilfe von GPS-Positionsgeräten näher mit dem Thema Wasser.



Vier Mitglieder der Landesjugendleitung (LaJuLei) mit dem FÖJler Arne.

Wie geht es weiter?

Neben der Fortführung unserer Projekte haben wir uns für die kommende Zeit als oberstes Ziel gesetzt, neue MitstreiterInnen für die Arbeit in der BUNDJugend zu finden. Gleichzeitig möchten wir eine Diskussion über unsere Strukturen anstoßen. Nach unserer Ansicht fehlt es in der BUNDJugend vor allem an Kontinuität und an finanzieller Ausstattung, um beispielsweise eine Hauptamtlichen-Stelle zu beschäftigen oder überhaupt die Mitglieder der BUNDJugend regelmäßig über Projekte zu informieren. Als Jugendverband haben wir eine hohe Fluktuation und gerade in diesen Tagen haben uns zwei wichtige Stützen unserer Arbeit – Jana und Mirja – aus zeitlichen Gründen bzw. Studienortwechsel verlassen. Wir befürchten, dass ohne neue Aktive im Laufe des kommenden Jahres die Arbeit in der BUNDJugend einschlafen wird. Das wollen wir verhindern!

Wer also bei uns mitmachen möchte, ist herzlich willkommen – wir freuen uns sehr über neue Gesichter. Reinschnuppern ist selbstverständlich möglich.

Außerdem möchten wir uns an dieser Stelle noch ganz herzlich bei Jana und Mirja für ihr langes, andauerndes Engagement bedanken und wünschen euch beiden ganz viel Erfolg bei euren weiteren Wegen!

Svenja Almann



Der BUNDjugend FÖJler stellt sich vor:

Moin, moin. Ich bin Arne, 19 Jahre alt und komme aus der Stadt Grevenbroich in Nordrhein-Westfalen. Schon früh habe ich mich für das Thema Umweltschutz interessiert und mit der BUNDJugend NRW an vielen Seminaren und Aktion ...

... und jetzt bin ich, nach meinem Abitur, hier in Schleswig-Holstein gelandet und mache mein FÖJ bei der BUNDJugend SH, wo ich mich auf eine spannende,

interessante und aktionsreiche Zeit sehr freue!

Vielleicht sieht man sich in diesem Jahr! Ich freu' mich auf jeden Fall!

Arne Winkler



BUND veranstaltet Parlamentarisches Frühstück



Prof. Dr. Hubert Weiger, BUND-Bundesvorsitzender, und Hans-Jörg Lüth, Geschäftsführer S-H, informierten die Abgeordneten über die Gefährdungen des Grünen Bandes an der Ostsee

sollen bald die Verwaltungsgesellschaften der bundeseigenen Flächen eingeladen werden und ein Gespräch mit dem Finanzausschuss stattfinden. Ein wichtiger Schritt, um alle Beteiligten ins Boot zu holen.

(iw) Der BUND-Landesverband lud Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein, um bei einem Frühstück in Berlin über Gefährdungen und Schutzmöglichkeiten des Grünen Bandes, dem ehemaligen Grenzstreifen zur DDR, zu informieren. Insbesondere Vertreter des Umweltausschusses nahmen diese Gelegenheit wahr.

Einigen bundeseigenen Flächen im Grünen Band droht der Verkauf. Dadurch würden unwiederbringliche Lücken geschlagen. Besonders für die empfindlichen Unterwasser-Lebensräume an der Ostsee müssen endlich wirksame Schutzinstrumente greifen.

Die Parlamentarier schlugen vor, gemeinsam an Umsetzungsmöglichkeiten für einen wirksamen Schutz weiterzuarbeiten. Dazu

Guter Umweltzustand von Nord- und Ostsee bis 2020

Nach Negativschlagzeilen wie Überfischung, Verschmutzung, Überdüngung oder Versauerung, greifen Naturschützer jetzt nach der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) als einem der letzten Strohhalme von Nord- und Ostsee. Diese EU-Richtlinie muß von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Sie soll für eine Balance zwischen der Nutzung und dem Schutz der Meere sorgen und hat das Erreichen ihres „guten Umweltzustands“ zum Ziel, d. h. saubere, gesunde und nachhaltig bewirtschaftete Meeresgewässer bis spätestens zum Jahr 2020.

Die zuständigen Behörden müssen bis Juli 2012 eine Bewertung des jetzigen Status, eine Beschreibung des guten Umweltzustands und die Festlegung von Umweltzielen bewerkstelligen. Danach wird es in die Phase der Überwachungs- und Maßnahmenprogramme gehen, in der sich zeigen wird, wie ambitioniert sich Deutschland für den Schutz seiner Meere einsetzen wird. Für die Erfüllung der Berichtspflichten müssen die Mitgliedstaaten die Öffentlichkeit

einbeziehen. Zu den Berichtsentwürfen, die in Deutschland von der Bundesregierung und den deutschen Küstenbundesländern erstellt wurden, kann ab Mitte Oktober sechs Monate lang Stellung genommen werden.

Der BUND wird den Prozess der nationalen Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie intensiv begleiten, ihn durch Öffentlichkeitsarbeit, Stellungnahmen, Lobbyarbeit, Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Verbänden im Sinne des Naturschutzes positiv zu beeinflussen versuchen. Vom BUND-Projektbüro Meeresschutz werden im Dezember 2011 und Frühjahr 2012 Workshops zum fachlichen Austausch der hiesigen Naturschutzverbände organisiert. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist der Schutz der hiesigen Meeresumwelt. Denn die Hoffnung stirbt zuletzt.

Mehr Informationen unter <http://www.bund.net/meer> unter Meeresschutz.

Anke Hofmeister, BUND-Projektbüro Meeresschutz

IMPRESSUM

Herausgeber:

BUND Schleswig-Holstein
Lerchenstraße 22
24103 Kiel

Telefon: 0431/ 66060-0
Email: bund-sh@bund.net

Redaktion: Dr. Ina Walenda (iw)

Layout: Klaus Georg

Auflage: 8.000

Spendenkonto:

Sparkasse Kiel
BLZ 210 501 70
Konto: 92 006 006

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung und journalistische Bearbeitung sämtlicher Beiträge vor.

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe

Montag, dem 9. Januar 2012

Beiträge bitte an klaus.georg@bund.net